

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1919**

111 (14.5.1919)

# Volkstfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Abloren oder am Postkasseler monatl. 1.30 M., vierteljährl. 3.90 M., zugestellt durch unsere Träger monatl. 1.40 M., vierteljährl. 4.20 M.; durch die Post 1.44 M. bezw. 4.32 M. vorauszahlbar. Ausgabe: Wertag mittags; Geschäftszeit: 1/28-1/21 und 2-1/26 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 7spalt. Kolonelleise od. deren Raum 25 A., zugl. 50 % Zeilungszusch. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmest. 1/29 vom. für größ. Aufträge nachm. zuoor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Graf & Cie., Karlsruhe.

### Um die Einheitschule.

Karlsruhe, 14. Mai.

Die allgemeine Aufregung, in der wir in der gegenwärtigen Zeit leben, birgt die Gefahr in sich, daß manche, zumal der Bourgeoisie unangenehme Fragen auf tote Gleise geschoben werden, und ihre Erörterung samt praktischer Durchführung ad claudus graecas verschoben wird. Ein solches Schicksal droht der Einheitschulfrage, wenn ihre Anhänger nicht ständig auf der Hut sind und dafür sorgen, daß ihre Diskussion nicht mehr aus der Öffentlichkeit verschwindet, bis ihre Durchsetzung erfolgt ist. Besonders die Gemeindevorstände bieten die beste Gelegenheit, die Frage eingehend zu erörtern und die Stellung der einzelnen Parteien zur Einheitschule kennen zu lernen. Die Forderung der Einheitschule bedeutet für jedes Kind gleich welcher Herkunft, geradezu eine Da-seinsfrage für die heranwachsende Generation, denn Qualitätsarbeit ohne Bildung gibt es in keinem Beruf. Trotzdem hat man von praktischen Überlegungen zur Einheitschule bisher wenig gehört; Reich und Bundesstaaten scheinen nur in der Theorie dafür zu sein, in der Praxis aber die Fingel schleifen zu lassen und zu kapitulieren vor dem ungeheuren Widerstand, welcher der Einführung der Einheitschule entgegensteht wird. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß 90 % aller Gymnasiallehrer Gegner der Einheitschule sind und diese auf das heftigste bekämpfen. Dieser Kampf tobt nur zum Teil in der Tagespresse, zumeist im verborgenen Mäntelwalde der Fachzeitschriften. Hier hängt man der Einheitschule alle möglichen und unmöglichen Nachteile an und arbeitet mit Statistiken, die nach allen Regeln der Kunst frisiert sind. Die Gegner werfen ein, daß die Kinder ärmerer Schichten durchschnittlich nicht die nötige Begabung für die Anforderungen der höheren Schule mitbringen; woher sie diese Kenntnis, in Wahrheit ein Vorurteil, haben, ist unklar, denn mit Kindern ärmerer Schichten haben sie doch auf der bisherigen Geldbeutelchule wenig zu tun gehabt, wenn überhaupt, dann nur mit hochbegabten Kindern, denen es trotz der miserablen Verhältnisse gelang, auf eine höhere Schule zu kommen. Bekannt dürfte aber den Gegnern der Einheitschule aus dem Philosophieren der Satz sein, den der große Pädagoge Diesterweg in seinem Todesjahr 1866 in einer Abhandlung „Öffentliche Erziehung und Bildung der Jugend“ niederschrieb, und der lautet: „Die Kinder werden gleich geboren, individuelle Verschiedenheiten finden in unendlicher Mannigfaltigkeit statt; aber noch kein Psychologe hat generelle Unterschiede nach der Vertriebenheit des Standes, des Vermögens, der Beschäftigung der Eltern nachzuweisen vermocht, ja sogar der Einfluß der Bildung ist nicht konstatiert.“ Hierbei muß man wohl unwillkürlich an die Söhne bedeutender Männer denken und kann sich nur wundern, daß gerade die Sachmänner unter den Gegnern der Einheitschule noch immer so fadensteinerne Gründe heranziehen, die doch durch Diesterweg und die allgemeine Erfahrung längst widerlegt sind. Es sind doch beachtenswerte Zustände, wenn an Eltern 1916 an sämtlichen Gymnasien und Realgymnasien Groß-Verlins, 57 an der Zahl, unter den Abiturienten nicht ein Einziger ist, dessen Vater dem Arbeiterstand angehört. Wollen die Gegner wirklich behaupten, daß im Kreise der circa 300 000 Arbeiterfamilien Groß-Verlins kein Junge herangewachsen ist, der die Maturität hätte erreichen können? Da hilft alles nichts. Wir brauchen eine grundlegende Veränderung der Schule. Wir fordern die Abschaffung der Vorklasse und bekämpfen ein Schulwesen, das schon an seiner Schwelle die Kinder der verschiedenen sozialen Schichten fein säuberlich nach dem Geldbeutel der Eltern trennt und den einen, notabene durch höhere Staatszuschüsse eine bessere Vorbereitung als den anderen gibt. In Polen geben heute noch 85 % der Kinder in die Vorklasse, in Hannover 28 %, und da behauptet die Statistik, die sehr geschickt von den Gegnern frisiert ist, daß nur 1/2 % der Kinder die Vorklassen besucht. Das stimmt für Bayern zu, wo niemand sich zu gut ist, seine Kinder der Vorklasse zu entziehen, wo es keine Vorklassen gibt. Deshalb hat man in Bayern noch nicht eine besondere Verrohung der U.V.C.-Schichten feststellen können; im Gegenteil, das Niveau der Volksschule ist gehoben und hat unter Leitung Herrschens, des eifrigsten Vorkämpfers der Einheitschule, in München einen erfreulich hohen Stand erreicht. Darum: hinein mit allen Kindern in die Volksschule, die damit aufhört, die Armeleherschule zu sein. Wir sprechen allen Kindern das gleiche Recht auf Bildung zu und fordern deshalb die Einheitschule auf der Grundlage der Unentgeltlichkeit und Weltlichkeit. Gefahr für diese alte Forderung der Sozialdemokratie ist in Verzug. Die Gegner sind mächtig und einflussreich.

Deshalb: Arbeiter, Männer und Frauen, Beamte und Angestellte, die Ihr wollt, daß Eure Kinder in andern, schöneren, besseren Verhältnissen großgezogen werden, die Ihr wollt, daß Eure Kinder einen andern Schulgrad mit auf den Weg des Lebens bekommen, als Ihr ihn erhalten habt: Gebt Eure Stimmen bei den Gemeindevorständen nur dem einzigen und wahren Freunde der Einheitschule, wählt sozialdemokratisch!

### Die Verhandlungen in Versailles.

Paris, 13. Mai. Der „Temps“ meldet: Der Biererrat legte heute vormittag dem Wortlaut der Antwort fest, die namens der Konferenz als Antwort auf die beiden letzten Noten der deutschen Delegation an Graf Brockdorff-Rantzau gerichtet werden soll.

Paris, 13. Mai. Die Reichsminister Gieseler und Landsberg, ferner 15 weitere Herren der Delegation sind heute abend nach Berlin zurückgekehrt.

Berlin, 13. Mai. In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird mitgeteilt, daß der Teil der deutschen Delegation, der am Montag von Versailles abfuhr, Mittwoch früh in Berlin eintreffen werde. Zweck der Reise sei, dem Kabinett eine unmittelbare Darstellung der Verhältnisse in Versailles zu geben und die letzte Redigierung der deutschen Gegenentwürfe vorzunehmen.

„Laut „Vossischer Zeitung“ wird der deutsche Gegenentwurf über die Gebietsfragen noch heute vollendet und in Versailles überreicht werden.

### Reichspräsident Ebert zu den Friedensbedingungen.

Berlin, 13. Mai. Reichspräsident Ebert machte gestern gegenüber einem Mitgliede der Vorwärtsredaktion folgende Mitteilung: Unsere Aufgabe ist es jetzt, zu den Staatsmännern auf der anderen Seite als Mensch zum Mensch zu reden und ihnen vor dem Forum der ganzen Welt den zwingenden Nachweis zu liefern, daß das, was sie fordern, mit dem Gewissen und der Vernunft nicht zu vereinbaren ist. Die Welt braucht Frieden. Nicht nur wir, sondern auch unsere Gegner brauchen ihn. Wir wollen den Frieden eifrig und aufrichtig und gerade darum müssen wir uns bis zum äußersten zur Wehr setzen gegen die Schaffung eines Zustandes, der kein Frieden, sondern nur die krügerische Vorprägung eines solchen ist. Ich kann mir nicht denken, daß bei der Abfassung des Entwurfs auch nur ein Nationalökonom und Sozialpolitiker von Rang geblieben ist. Es kann nur dem allgemeinen Interesse aller Völker dienen, wenn der Entwurf einer sorgfältigen Prüfung unterzogen wird, bei der grundsätzliche, tiefgehende Korrekturen nicht ausgeschlossen sein dürfen. Vor allem ist aber notwendig, daß mit uns sachlich verhandelt wird. Ich meine, daß Völker mit Völkern nicht so verfahren dürfen, wie die Arbeitgeber der alten Zeit mit ihren Arbeitern. Ohne Verhandlungen kann nie ein Friede zustandekommen, der Annahme verdient. Man wird dagegen einwenden, daß durch Verhandlungen Zeit verloren wird, aber wir sind nicht Schuld daran, daß die Gegner sechs Monate zur Verfertigung eines Entwurfs brauchten, über den wir uns nun binnen 14 Tagen äußern sollen. Ich bin auch fest davon überzeugt, daß Verhandlungen rasch zu Ziele führen können, wenn auf die Grundlage der 14 Punkte Wilsons zurückgegangen wird. Kein Reich aber kann glauben, daß es möglich sei, die Ruhe Europas dadurch wiederherzustellen, daß man den Versuch macht, uns die Bedingungen der gegnerischen Seite aufzuzwingen. Würde man den Versuch machen, die Friedensbedingungen der Entente durchzuführen, so würde Deutschland durch Serbilität und Abwanderung in kürzester Zeit ein dünnbesiedeltes Agrarland werden, aber die ganze Welt würde arm und krank werden, wenn das deutsche Volk zum langsamen Absterben verurteilt würde. Solange nur ein Rest von Hoffnung bleibt, daß die Vernunft der Völker siegen wird, werden wir kein letztes Wort sprechen. Stellt sich aber heraus, daß man uns diesen unmöglichen Gewaltfrieden aufzwingen will, so werden wir unsere Entschlüsse zu fassen haben. Heute hoffe ich noch, daß man nicht versuchen wird, dem deutschen Volke eine Zustimmung abzupressen, die nichts anderes sein könnte, als eine aus der Verzweiflung geborene Lüge. Wir müssen unseren Volksgenossen, die fremde Gewalt gegen ihren Willen von uns trennen will, unverrückliche Treue halten und zur Durchführung auch der schwersten Entschlüsse bereit sein.

### Neutrale Ablehnung.

Oslo, 13. Mai. Immer einheitlicher in der Ablehnung wird die Stellungnahme der norwegischen Presse gegenüber den Friedensbedingungen. Der Gang lautet in einem Wortlaut: Der Pariser Entwurf übertrifft an Unverständlichkeit und Mißverständlichkeit die schlimmsten Bestimmungen. Punkt für Punkt lasse sich nachweisen, daß der Entwurf von den Wilsonschen Grundsätzen abweicht. Neben den territorialen Forderungen seien insbesondere die ökonomischen Bedingungen derart unerfüllbar und widersprüchlich, daß jeder, der noch Sinn für Zahlen und Werte habe, sie als völlig undurchführbar bezeichnen müsse. In neutralen Ländern werde der Entwurf einstimmig abgelehnt werden. Bei aller Berechtigung der belgischen und französischen Ansprüche auf Wiedergutmachung gebe es eine Grenze für die Belastung des besiegten Deutschlands. Die Verantwortung für diesen Ententefrieden werde ebenso groß sein wie die Verantwortung desjenigen, der den Krieg verursacht habe.

### Amerikanische Auffassung.

Rotterdam, 13. Mai. Der Vertreter der „Nieuwe World“ Cyrill Broon schreibt, nach einer Meldung des „Nieuwe Rotterdamse Courant“, daß die unveränderte Annahme des Friedensvertrages eine Zukunft der Rache und Verwüstung bedeuten würde. Die demokratischen Führer in den Vereinigten Staaten meinen, daß diesem Vertrage ein Jahrhundert der Rache folgen würde. Das Recht der Selbstbestimmung, das den alliierten Völkern gebührt werde, werde den Besiegten vorenthalten.

### Die Ansicht Brantings.

Stockholm, 13. Mai. „Allebanda“ veröffentlicht ein Interview mit dem schwedischen Außenminister Branting. Derselbe äußerte: Ich hoffe, es werden noch mehrere Modifikationen zu erwarten sein, und diese werden so ansehnlich sein, daß Deutschland zustimmen

kann. Sicher ist, daß sowohl in Frankreich wie in England die Arbeiterparteien sich gegen den Friedensvertrag in seiner jetzigen Form, falls er im Parlament vorgelegt wird, erklären werden. Henderson, mit dem ich die Angelegenheit besprach, war sich ganz klar darüber, daß seine Parteigenossen dagegen Stellung nehmen würden, da man soweit von jenen Rinken entfernt sei, die man für den sicheren Friedensschluß erwartet hätte.

### Ausdehnung des Staatenausschusses.

Berlin, 13. Mai. Zu der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung und des Staatenausschusses kamen fast sämtliche Ministerpräsidenten der Gliedstaaten erschienen, so von Preußen Ministerpräsident Hirth, von Bayern Ministerpräsident Hoffmann, von Sachsen Ministerpräsident Dr. Gradnauer, von Baden Ministerpräsident Geis, von Hessen Ministerpräsident Ulrich, ebenso weitere Vertreter von Oldenburg, Mecklenburg u. a. Wie früher in wichtigen Augenblicken der Geschichte sich die deutschen Fürsten um den Kaiser scharten, haben in dieser schwersten Schicksalsstunde der jungen deutschen Republik die Vertreter der deutschen Volkstämme sich wie ein Mann hinter den Ministerpräsidenten des deutschen Reiches gestellt, um der Reichsregierung ihre Zustimmung zu der Ablehnung der Friedensbedingungen und ihr volles Vertrauen auszusprechen und vor aller Welt zu betonen, daß es eine eifrigste Hoffnung unserer Feinde war, wenn sie auf ein geordnetes Vorgehen irgend eines deutschen Freistaates rechnen wollten. Ministerpräsident Hirth gab dieser einmütigen Auffassung sämtlicher deutscher Freistaaten in der von ihm verlesenen Erklärung folgenden Ausdruck.

### Vom internationalen Ausschuss.

Paris, 13. Mai. Die „Populaire“ berichtet, beauftragte der internationale Ausschuss, welcher die Friedensfrage prüft, Mansuy Macdonald, Guymans und Longuet nach Italien und der Schweiz zu reisen, um sich mit der sozialistischen Partei dieser Länder ins Benehmen zu setzen. Die Reise der Delegation nach Deutschland ist erst nach der Friedensunterzeichnung ins Auge gefaßt. Die Delegation soll auch aus Henderson, Westral und dem Holländer Eiba bestehen. Das Manifest über den Frieden soll morgen veröffentlicht werden. Die Aktion der Sozialisten gegen den Pariser Frieden beginnt innerhalb der Partei selbst auf Schweizerterritorien zu sitzen.

Paris, 13. Mai. Der internationale sozialistische Ausschuss beschloß in seiner vorgestrigen Sitzung, dem Biererrat eine eingehende Darstellung seines Standpunktes über den Friedensentwurf, worin er die von der Berner Konferenz im Februar 1919 aufgestellten Grundsätze über die Frage der Wiedergutmachung, des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, des Militarismus und der Kolonien in Erinnerung bringt und den Friedensentwurf prüft. Die Erklärung schließt: Wir stellen fest, daß dieser Frieden nicht unser Friede ist, daß es den Nationen immer noch droht, daß die Politik der Sieger zur Aufteilung der Länder unheimlich um die unvermeidlichen Folgen führt.

### Eine der schlimmsten Bedingungen.

Berlin, 13. Mai. Die von der Entente verlangte Ablieferung von 140 000 Milch Kühen dürfte nach amtlichen Berechnungen die Milchversorgung der Kinder, Wälder und Kranken in den Städten und insbesondere in den Großstädten, deren Bedarf schon jetzt nur bis zu 66 Proz. gedeckt werden kann, weiter um ungefähr 9 Proz. vermindern. Da infolge der Viehabschlachtung der Milchviehbestand für die notwendige Fleischversorgung angetroffen werden müßte und da der Nachwuchs durch die Ablieferung von 40 000 Stück Rindvieh erheblich vermindert würde, würde die Milchnot im Lande noch wesentlich steigen.

### Der österreichische Friedensvertrag.

Paris, 13. Mai. Reuters. Der österreichische Friedensvertrag nähert sich seinem Abschluß. Die Klausel über die Verantwortlichkeit ist mit dem deutschen Vertrag identisch, unterläßt aber jede Erwähnung des Kaisers. Die Klausel sieht die Einleitung von Verfahren gegen militärische Verbrechen vor einem internationalen Kriegsgericht vor. Wie verlautet, wird Südtirol, obwohl es eine deutschsprachige Bevölkerung hat, in die italienische Grenze einbezogen, um Italien eine strategische Grenze zu geben, die ausreißenden Schutz gewährt.

Wien, 13. Mai. Reuters. Die deutsch-österreichische Friedensdelegation ist unter Führung des Staatskanzlers Dr. Renner gestern abend abgereist.

### Kurzer Auszug des Friedensvertrages.

Es. Nicht jedem ist es gegeben, sich durch die vielen Hundert Paragraphen und 200 Seiten des Vertrages hindurchzuarbeiten, mit dem Deutschland erdroffelt werden soll. Für Leute, die gleichwohl keinen Inhalt begreifen wollen, haben wir diesen mit ganz wenigen Worten hierher. Unsere Zusammenfassung ergibt zwar nicht den Inhalt, aber den Sinn des Ententeentwurfes.

Artikel 1: Der Angeklagte wird gefoltert.

Artikel 2: Hierauf wird der Angeklagte gehängt.

Artikel 3: Hierauf wird der Angeklagte ertränkt.

Artikel 4-10 in derselben Weise ... verbrannt, vergiftet, genadelt, erdolcht, erschossen und erstickt.

Artikel 11: Der Angeklagte ist verpflanzet, der gesamten Prozedur der Artikel 1-10 lebend anzumohnen.

Artikel 12: Nach Beendigung des Abtuns, Sägens, Ertränkens, Verbrennens usw. (Art. 1-10) hat der Angeklagte noch 20 Jahre unentgeltlich für die Entente zu arbeiten. Rebenmittel erhält er in dieser Zeit nicht. Glick Rand

# Der Friedensvertrag vor der Nationalversammlung.

Berlin, 12. Mai.

(Schluß.)

Abg. Graf Pasadowitz (D.-R. Sp.): Dieser Vertragsentwurf kann nicht das Ergebnis eines Zusammenarbeitens der englischen und französischen Sachverständigen sein, denn ich kann den französischen und englischen Ministerialbeamten nicht so wenig Kenntnis von wirtschaftlichen Dingen zutrauen, daß sie nicht wissen, daß dieser Vertrag von Deutschland nicht erfüllt werden kann. Man will eine ungeheure Brandstiftung von deutschen Goldbeständen vornehmen. Was wird die Folge sein? Unsere Valuta würde noch weiter sinken und wir würden noch mehr Geld aufbringen müssen, mehr als wir überhaupt besitzen. Das Grausamste und Nichtwürdigste ist, was man uns auf dem Gebiete der Völkerverträge nahe bringt, indem man uns die letzten Reste unserer Völkerverträge wegnimmt und schließlich reißt man aus dem Körper des Reiches große Fische heraus und dieses zerlegt und zerlegt die deutsche Nation in Stücke, die man unter der Bezeichnung „Wiedergutmachung“ abnehmen will. Wilson hat ausdrücklich erklärt, es soll keine Kontribution erhoben werden. Es werden unter dem Schutze dieser angeblichen Entscheidung geradezu fabelhafte Summen als Kontribution weggenommen. Welcher Gegenstand fließt überhaupt zwischen den Worten des Präsidenten Wilson und seiner Tat. Ich glaube, man kann die ganze diplomatische Geschichte der Welt durchforschen und man wird kein Ähnliches finden, wo zwischen den erhabenen Gedanken des Völkerrechtes, des Völkerfriedens, der Selbstbestimmung und den nachfolgenden Taten ein so kraßer Gegensatz besteht, wie im vorliegenden Falle. Man will uns nicht nur wirtschaftlich töten, man will uns die Ehre nehmen. Der ehemalige deutsche Kaiser und die übrigen, deren Auslieferung man verlangt, sind deutsche Staatsbürger und haben ihre Handlungen in Gebieten begangen, die unter deutschem Rechte stehen. Ihre Auslieferung an ein ausländisches Gericht ist also eine staatsrechtliche Unmöglichkeit. Keiner, der Ehrgefühl im Leibe hat, kann diese Forderungen annehmen, die uns der Verachtung der ganzen Welt preisgeben müßten. Die Feinde jenen Rache und aus dieser Saat werden uns Mäher entspringen. Es wird der Tag kommen, wo der Tag aus der Finsternis zu neuem Lichte ersteht. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Blum (Dem.): Als Vertreter Schleswig-Holsteins will ich eine kurze Erklärung abgeben: Gegen die von der Entente verlangte Abtretung in den nördlichen Gebieten legen wir die allerhöchste Verwahrung ein (Beifall). Die dänische Regierung selbst hat erklärt, daß sie der Beschluß der Entente aufs höchste übertrifft hat. Die deutschen Schleswig-Holsteiner sind einig in der Zurückweisung dieser Frage. Heute, im schwersten Augenblicke unserer Geschichte, haben wir Schleswig-Holsteiner das felsenfeste Vertrauen zur Regierung, daß sie die deutsche Bevölkerung Schleswigs nie und nimmer preisgeben wird. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Schulze-Bromberg (D.-R. Sp.): Die Bevolger der Wilsonschen Grundzüge für den deutschen Osten sind wachlich schon hart genug, aber wir haben sie angenommen und wollen sie auch ausführen. Dieser Vertrag aber hat mit diesen Grundzügen nichts mehr zu tun. Wir erklären, daß der Friedensvertrag für die Provinz Posen unersetzbar und für alle Zeiten unannehmbar ist (Lebhafter Beifall).

Abg. Dr. Stresemann (D. Sp.): Wir sollen politisch, militärisch und wirtschaftlich vernichtet werden, und das soll vereinbart sein mit den Wilsonschen Grundzügen. Wird dieser Friedensvertrag nicht abgeändert, so wird er der größte Weltbetrug sein, den es je gegeben hat. Wir schließen uns den bisherigen Rednern an. Wird der Vertrag Gesetz, dann ist die Fortführung der deutschen Sozialpolitik, die in der Welt bahnbrechend war, nicht mehr möglich. Die Auslieferung des Kaisers Wilhelm ist juristisch und tatsächl. unmöglich, weil sich das deutsche Volk nicht auf die Dauer erlosch erweilt. Hier handelt es sich nicht um Republik oder Monarchie, Alles, was auf Demütigung hinausläuft, ist französische Rache, alles, was uns wirtschaftlich vernichtet, kommt auf Englands Konto. Die geschichtlichen Taten der deutschen Armee in diesem Kriege werden durch den Kriegsausgang nicht ausgelöscht. Wir wollen gewiß alle Wunden nicht aufreißern, aber das muß doch gesagt werden, daß das deutsche Volk am 9. November die Waffen nicht niedergelegt hätte, hätte es einen solchen Frieden für möglich gehalten. Wir waren damals schon skeptisch und wir glaubten nicht an die Weltharmonie. Leider haben wir Recht behalten. Deutschland soll zerstört, soll macht- und ehelos auf ewige Zeiten sein, soll Fronarbeit für andere Mächte leisten. Dem setzen wir ein entschlossenes Nein entgegen (Stürmischer Beifall).

## Aquis submersus.

Novelle von Theodor Storm.

16

„Es ist nicht viel mehr übrig,“ erwiderte er; denn der Junker wandte sich sählings nach mir zu und frug mich, wo Ihr angutreffen wäret. Ihr möget mir es glauben, wäre er in Wirklichkeit ein Wolf gewesen, die Augen hätten blutiger nicht funkeln können.“

Da frug ich: „Ist der Junker im Hause, Dieterich?“

„Im Hause? Ich denke wohl; doch was sinnet Ihr, Herr Johannes?“

„Ich sinn, Dieterich, daß ich allmorglich mit ihm zu reden habe.“

Aber Dieterich hatte bei beiden Händen mich ergriffen. „Sehet nicht, Johannes,“ sagte er dringend; „erzählet mir zum wenigsten, was geschehen ist; der Alte hat Euch ja sonst wohl guten Rat gewußt!“

„Gernach, Dieterich, hernach!“ entgegnete ich. Und also mit diesen Worten riß ich meine Hände aus den seinen.

Der Alte schüttelte den Kopf. „Gernach, Johannes,“ sagte er, „das weiß nur unser Herrgott!“

Ich aber schritt nun über den Hof dem Hause zu. — Der Junker sei eben in seinem Zimmer, sagte eine Magd, so ich im Hausflur drum befragte.

Ich hatte dieses Zimmer, das im Unterhause lag, nur einmal erst betreten. Statt wie bei seinem Vater sel. Bücher und Karten, war hier vielerlei Gemälden, Handdröhre und Arkebuser, auch allerart Jagdgeräte an den Wänden angebracht; sonst war es ohne Bier und zeigte an ihm selber, daß niemand auf die Dauer und mit seinen ganzen Sinnen hier betwelle.

Fast war ich an der Schwelle noch zurückgewichen, da ich auf des Junkers „Hörlein“ die Tür geöffnet; denn als er sich vom Fenster zu mir wandte, sah ich eine Meiterhölle in seiner Hand, an deren Nadelhaken er hantierte. Er schaute mich an, als ob ich von den Tollen käme. „So?“ sagte er gedehnt; „wahrhaftig, Sieur Johannes, wenns nicht schon sein Gelpenfte ist!“

„Ihr dachtet, Junker Wulf,“ entgegnete ich, indem ich näher zu ihm trat, „es möcht der Strahlen noch andre für mich geben, als die in Eurer Kammer führen!“

„So dachtet ich, Sieur Johannes! Wie Ihr gut raten

Abg. Graf (L. S.): Die Friedensbedingungen stehen in scharfem Widerspruch zu den Grundzügen, die wir stets für den Frieden vertreten haben. Wir erheben daher schärfsten Protest (Beifall). Wir haben ein Recht dazu, weil wir jederzeit, auch als die deutsche Kriegslage günstig war, dem Frieden des Rechts und der Gerechtigkeit zugestimmt haben, den wir für das deutsche Volk fordern. Wir beurteilen es deshalb entschieden, wenn die Entente das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes schmählich verletzt. Schon die politische Vernunft hätte sie davon abhalten müssen, denn neue Konflikte werden dadurch heraufbeschworen. Der nördliche Teil Ostpreußens soll vom Reiche abgetrennt werden. Ich kenne dieses Gebiet seit 40 Jahren persönlich und niemals hat die Bevölkerung den Wunsch zu erkennen gegeben, sich vom Reiche loszutrennen. Wir verlangen, daß überall der Wille der Bevölkerung entscheidet. Das gilt auch für die Forderung der Deutschen Ostpreußen, zum Reiche zu kommen. Die wirtschaftlichen Forderungen des Vertrages sind solcher Art, daß die Bemerkung nicht abzuweisen ist, unser Volk könnte unter diesem Druck zusammenbrechen. Zum Teil sind sie sicher unersetzbar. Das deutsche Volk muß jetzt die Verbrechen und Sünden seiner herrschenden Klasse büßen. Wenn unter Hinweis auf die begeisterten Kundgebungen betont wird, daß der Geist von 1914 wieder erwacht sei, so möge man sich darüber klar sein, daß die Arbeitermassen nicht noch einmal in den nationalstintigen Tadel von damals versetzt werden. Unsere Aufgabe kann demgegenüber nur sein, bei aller Enttäuschung über den uns zugeworfenen Frieden für die Taten zu bestehen, durch die das Volk noch tiefer in das Verderben hineingestürzt wurde. Für unser Volk ist der Friede einfach unentbehrlich. Es braucht ihn, um leben zu können. In verschiedenen Zeitungen ist uns für den Fall einer Regierungstrategie zugemutet worden, den Frieden formell zum Abschluß zu bringen. Meine Fraktion lehnt dies ab. Sie erachtet es als die Verpflichtung derjenigen Parteien, die die Kriegspolitik unterstützt haben, auch den Abschluß dieses Krieges herbeizuführen. Wir trennen uns, daß die Sozialisten anderer Länder mit der größten Entschiedenheit in dieser Frage ihre eigenen Regierungen belästigen. Ob sie jetzt Erfolg haben werden, ist sehr zweifelhaft. Aber in allen Ländern ist der Boden revolutionär sehr unruhig. Die Weltrevolution ist auf dem Marsche. Mag sie auch langsame weiterarbeiten, als es vielen von uns erwünscht ist. Aber sie wird die Menschheit bedrücken und sie wird auch den Friedensvertrag, der uns jetzt aufgezwungen werden soll, annullieren. Nur von einer revolutionären Entwicklung der Welt erhoffen und erwarten wir eine Umwandlung dieses Weltfriedens in ein Bündnis gleichberechtigter Völker. Die Regierung fordert das Volk auf, sich um sie zu kümmern. Es gehört eine starke Kühnheit dazu, diese Aufforderung in einem Augenblicke zu erlassen, in dem das deutsche Proletariat von derselben Regierung in einer Weise prototiert wird, wie es vorher noch niemals der Fall gewesen ist.

Abg. Frau Weber (Dem.): Ich spreche im Namen der Frauen, die heute in die Politik eingetreten sind. Wenn ich rufe: Wir wollen Deutschland den Frieden und für die Welt den Völkerfrieden, aber dieses Ideal wird uns entrückt durch den Friedensvertrag der Entente. Wir wollen Europa erlösen vom Imperialismus und von der Gewalttätigkeit, die sich im Vertragsentwurf von Versailles ausdrückt. Deutschland geht nicht unter. (Lebhafter Beifall und Handclatschen.)

Abg. Schäfer (So.): Wir wollen das Selbstbestimmungsrecht der Völker auch auf Deutschland angewendet wissen. Das Saargebiet und Oberschlesien sind deutsches Land und sie sollen bei Deutschland bleiben. In diesem Willen wollen wir stark und eins sein (Lebhafter Beifall).

Abg. Graf Dohna (D. Sp.): Alles, was Westpreußen an Kultur besitzt, verdankt es der Arbeit seiner deutschen Bewohner und der Hürde des preussischen Staates. Dieses Land mit über einer Million deutscher Bewohner an Polen zu liefern, ist eine Zumutung von so ungeheurer Drossigkeit, daß man geneigt ist, sie nicht ernst zu nehmen. Der Plan der Entente ist praktisch gar nicht durchführbar. Selbst wenn ein Staatsmann den Mut aufbringen würde, eine solche Wendung zu unterbreiten, so sind doch die Westpreußen ein Volk, das sich nicht willens fremdem Willen beugt, wie sie entflohen waren, mit der Waffe in der Hand die polnischen Truppen am Einbringen zu verhindern, ebenso würden sie mit Waffengewalt sich der polnischen Fremdberrschaft widersetzen. Das Gemüt unseres Volkes lehnt sich auf gegen den furchterlichen Verdad, daß alle Wilsonschen Forderungen von Gerechtigkeit und Vernünftigkeit wirklich nicht sein sollten als Mittel zur Ränzung. Die jetzigen Friedensbedingungen sind unannehmbar. Wärdien sie erzwungen werden, so wären unsere Feinde für ewige Zeiten belastet mit dem Mafel des Verrats und der Vergewaltigung eines wehrlosen Volkes. Dann müßte man den Ge-

danke eines Völkerbundes sich versagen, und der Friede von Versailles würde nicht den Grund legen zum ewigen Frieden, sondern zur Verewigung des Krieges (Beifall).

Abg. Dr. Cuidde (Dem.): Wir internationale Pazifisten haben mehr als irgend ein anderer Veranlassung, mit der größten Schärfe gegen diese Friedensbedingungen aufzutreten. Wir müssen appellieren an die Völker des Auslandes, und einen Appell an das Weltgewissen zu erlassen, sind in erster Linie berufen, die schon während des Krieges, als Deutschland auf der Höhe seiner militärischen Erfolge stand, an das deutsche Volk appelliert haben. Ich glaube, es gibt wenige, die seit wenigen Jahren die Sünden des alten Systems und die Sünden unseres Militarismus mit solcher Schärfe beurteilt haben, wie wir es getan haben, aber ich muß doch sagen, wenn man das Bekenntnis von mir verlangen sollte, daß unsere Regierung am Kriege schuld sei, so müßte ich eine Lüge aussprechen. (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Wenn unsere Gegner das Gegenteil behaupten, so mögen sie den Beweis dafür erbringen. Wir haben ja die Einsetzung einer internationalen Untersuchungskommission gefordert. Aber England hat sie abgelehnt. Wir verlangen für uns nur das, was man uns früher ohne weiteres zugehandelt hat, die Gleichberechtigung. Wir wollen als vollständig gleichberechtigte Mitglieder in den Völkerbund hinein, der kommen wird trotz allem und alledem. Diese Friedensbedingungen würden, wenn sie Wirklichkeit werden sollten, uns in eine neue furchtbare Tragödie hineinführen. Darum heißt es: Dreimal Nein! (Stürmischer Beifall.)

Präsident Fehrenbach: Das war eine machtvolle geschlossene Kundgebung der ganzen deutschen Volkvertretung gegen den Gewaltfrieden, den man uns diktieren will. Von dem heutigen Tage an muß auf diesem Saale eine Welle in das Volk getragen werden, die auch dem Auslande klar macht, daß man das deutsche Volk nicht so behandeln darf (Lebhafter Beifall). Wir danken den Neutralen, die diesen Frieden verwerfen haben. Wir danken in aller Zurückhaltung auch für das, was aus französischen Arbeiterkreisen und von englischen Politikern an vernünftigen Stimmen an unser Ohr gedrungen ist, aber wo bleiben die anderen einflussreichen Kreise in fremden Ländern, wo bleiben die Vertreter der Union? (Stürmischer Beifall.) — Die letzten Handlungen der Regierung vor Kriegsausbruch mögen gegen uns zeugen, aber die Schuld für die Ursache des Krieges lastet auf den Schultern unserer Feinde (Lebhafter Zustimmung). Wir hatten auf das Völkerbündnis gehofft. Dieser Friedensvertrag ist seine Einleitung dazu. Er ist die Verewigung des Krieges, und jetzt wende ich mich an unsere Feinde in einer Sprache, die auch sie verstehen und fassen: Remore etote inimice et offitios ulior! (Stürmischer, langanhaltender Beifall.) Auch in Zukunft werden deutsche Frauen Kinder gebären, und diese Kinder werden die Elanbketten zerbrechen und die Schmach abweisen, die uns Deutschen zugemutet werden soll. Für uns gilt wie in früheren Tagen auch heute das Wort, daß niemals der Ausdruck selbstthätiger Ergebung, sondern immer nur der tiefen Liebe zu unserer Heimat war: Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt! (Hörsen bei den Unabhängigen.)

Präsident Fehrenbach erhält die Ermächtigung, Tag und Tagesordnung der nächsten Sitzung selbständig festzustellen. Schluß nach 8 Uhr.

## Baden.

Bauernbündlerische Forderungen.

„Dumm — froch — unterantwortlich muß jeder auch nur einigermaßen klar denkende Mensch die Schreie der „Bauernbund“ — Organ der gleichnamigen, im Entstehen begriffenen Bauernorganisation — nennen. Dem bauernbündlerischen Agitator Biller in Karlsruhe scheint nicht nur jedes Verständnis für den furchtbaren Ernst unserer gegenwärtigen Zeit abzugehen, sondern er gefällt sich darin, die ungenutzten aufgeregten Gemüter noch mehr zu erhitzen. Sein Schmutzblätterchen steht an Gehässigkeit der überabfälligen Pfeile von links nicht nach. Alles Mögliche muß behaupten, um unsere Regierung, die Stähler, die politischen Parteien (mit Ausnahme der Deutsch-Nationalen natürlich) herunter reißen zu können. Kein landwirtschaftliches Ereignis ist natürlich hoch genug im Kreise. Dem idyllischen agrarischen Wucherer sieht die Zwangswirtschaft im Wege; darum: weg damit. Zur Ehre der Wahrheit der bäuerlichen, insbesondere der kleindärlichen Bevölkerung aber sei gesagt: sie will nichts wissen von Wuchergeld, sie will nicht, daß die Reichen klammern und die Armen darben. Wuchergeld verlangen nur die Mankhet-

niemandem Kunde gegeben; des Herzogs Gerichte gegen Herrn Gerhardus' Sohn und Katharinens Bruder anzurufen, konnte nimmer mir zu Sinne kommen. Er möchte sich dessen auch wohl getrost; noch glaubhafter jedoch, daß er allen diesen Dingen trotzte.

Nur einmal war mein guter Dieterich dagewesen; er hatte mir in des Junkers Auftrag zwei Rollen Ungarischer Duclaten überbracht als Lohn für Katharinens Bild, und ich hatte das Gold genommen, in Gedanken, es sei ein Teil von deren Erbe, von dem sie als mein Weib wohl später nicht zu viel empfangen würde. Zu einem traulichen Gespräch mit Dieterich, nach dem mich sehr verlangte, hatte es mir nicht geraten wollen, magen das gelbe Fuchsgesicht meines Wirtes allaugenblicks in meine Kammer schaute; doch wurde so viel mir kund, daß der Junker nicht nach Kiel gereist und Katharina seither von niemandem weder in Hof noch Garten war gesehen worden; kaum konnte ich noch den Alten bitten, daß er dem Fräulein, wenn sich treffen möchte, meine Grüße sage, und daß ich bald nach Holland zu reisen, aber baldher noch zurückzukommen dächte, was alles in Treuen auszurichten er mir dann gelobete.

(Fortsetzung folgt.)

## Literatur.

Dimitry Sawronsky, „Die Bilanz des russischen Volkswissens.“ (Preis 2,50 Mk.) Einer der Führer der russischen Sozialrevolutionäre, Dimitry Sawronsky, zieht hier mit der kühnen Sachlichkeit und dabei doch mit der glühenden Werbestärke eines Mannes, der mitten im Kampf der Parteien gestanden hat, die Bilanz des Volkswissens. Unter Verzicht auf die üblichen Angriffe politischer Gegner, ohne Haß und heimliche Verdächtigungen, sucht er sich auf das authentische Material, das ihm die Bolschewisten an die Hand geben, und schlägt sie mit ihren eigenen Waffen. Freiheit oder Terror? Das ist die Grundfrage, die Sawronsky als solche aufstellt und beantwortet. Seine Schrift ist ein Revolutionspiegel, in dem sich mit fast erschreckender Gleichgültigkeit auch die Skizzen der deutschen Ereignisse abzeichnen. Sozialdemokratie oder Spartakus? Wer die gewaltige Bedeutung dieser Fragestellung in ihrer ganzen Tiefe begreifen will, die gerade jetzt jedermann angeht, der reiche Sawronskys Bilanz nach. Nirgend ist mit solcher Schärfe das Soll und Haben der russischen Revolution wie jeder in das gleiche Geleise geratenden Revolution klargestellt worden.



# Kämpfer herbei!

heute abend 8 Uhr  
in den einzelnen Bezirken laut  
Anzeige im Inseratenteil

# Öffentl. Versammlungen

Wählerinnen und Wähler! Erscheint in Massen. Großes steht auf dem Spiel!

## Aus der Partei.

### Der Aktionsausschuss zur Einigung des Proletariats.

Zu unserm am 6. Mai unter obiger Ueberschrift erschie- nenen Artikel geht uns vom Mannheimer Aktionsausschuss eine aufklärende Mitteilung zu, aus der wir ersehen, daß die Bestrebungen in Mannheim zur Einigung des Proletariats durchaus ehrlichen Charakter haben. Die Mannheimer Genossen, die sich im dortigen Aktionsausschuss zusammengeschlossen haben, haben jaunt und besonders das ehrliche Bestreben, die Einigung der Arbeiterschaft herbeizuführen und gemeinsam dem Ziel zuzustreben, dessen Erreichung der ehrliche Wunsch eines jeden Sozialisten ist. Und die Genossen in Mannheim haben ja auch schon gewisse Erfolge zu verzeichnen. Feststellen wollen wir auch, daß nach Versicherung der Mannheimer Genossen, die sich die Tätigkeit des Aktionsausschusses keineswegs auf die Veseitigung der Führer richtete. Alle nicht streng mit der Einigung in Verbindung stehenden Fragen scheiden bei den Besprechungen absolut aus. — Was die Geldangelegenheit betrifft, so ist festzustellen, daß die Gelder zur Bestreitung der Ausgaben durch Sammel- lichen, die in den Betrieben zurückbleiben, aufgebracht werden, und daß über Einnahmen und Ausgaben genau Rechenschaft abgelegt wird.

Wir möchten diesen aufklärenden Bemerkungen unserer Mannheimer Genossen gegenüber feststellen, daß sich unsere Ausführungen hauptsächlich auf Beobachtungen und Fest- stellungen gründeten, die wir in Karlsruhe gemacht haben. Unser Mißtrauen gegenüber den „Unabhängigen“ ist wohl begründet und kann durch die kurze Tätigkeit eines Aktionsausschusses nicht beseitigt werden. Wir können nur nochmals feststellen, daß seitens der führenden Genossen der Mehrheitspartei in Karlsruhe niemand im Aktionsausschuss sich befindet, von den „Unabhängigen“ dagegen der Landes- vorstehende Kruse und der Redakteur und Anstator Diet- rich. Der Einwand, daß diese beiden auch noch im Ar- beitsverhältnis stehen, ist für uns eine leere Anrede. Sollte in Karlsruhe der Aktionsausschuss eine Klärung eintreten, sollte dort derselbe ehrliche Wille zur Erreichung des schönen Zieles vorhanden sein, wie er in Mannheim vorhanden ist, so sind wir gerne bereit, die Arbeit nach jeder Richtung hin mit all unseren Kräften zu unterstützen.

Im Anschluß an unseren kürzlichen Artikel brachten wir auch eine Mitteilung aus Rastatt, wonach ein Mannheimer Genosse einem Rastatter Genossen gegenüber ein zweideutiges Spiel getrieben haben soll. Wie uns nun unser Rastatter Berichterstatter mitteilt, ist er und die Rastatter Genossen von dem betreffenden Genossen aus Rastatt in der schänd- lichsten Weise angelogen worden. Der Mannheimer Genosse ist Arbeitssozialist und hat auch nicht die Spur einer Neugierigkeit, wie sie von dem Rastatter Ge- nossen dann weiterverbreitet, in der dortigen Parteiveram- lung von ihm vorgebracht und dann uns übermittelt wurde. Wir können nur bedauern, daß durch diese total falsche Mit- teilung die Genossen des Mannheimer Aktionsausschusses in ihrem Ansehen geschädigt und ihre durchaus anerkanntwerte Arbeit diskreditiert wurde.

**Stillingen, 14. Mai.** Morgen, Donnerstag, abend 8 Uhr findet im „Wilde Mann“ eine sehr wichtige Mitglie- derversammlung des sozialdem. Wahlvereins statt. Es ist un- bedingt notwendig, daß alle Genossinnen und Genossen zu derselben sich einfinden. Nur wenige Tage trennen uns noch von der Wahl, und da muß jeder auf seinem Posten sein. Die Wahl muß zeigen, daß das hiesige Zentrumsländchen zu- rück gedrückt hat. Auf zur Arbeit!

**3. Muggensturm.** Am Donnerstag den 15. Mai, abends 1/9 Uhr, findet im Gasthaus zum „Lamm“ eine Wahl- vereinsversammlung statt. Die Mitglieder werden dringend erlucht, vollständig zu erscheinen.

**Völkeral.** Am Samstag, 17. Mai, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zum „Boll“ unsere Mitgliederver- sammlung statt, wozu unsere Mitglieder, Wahlkandidaten und Parteifreunde höf. eingeladen sind. Wir erwarten voll- ständiges Erscheinen.

**Baden-Baden, 13. Mai.** Nach langem Warten kam nun doch die traurige Nachricht, daß unser Vorsitzender Genosse Josef Müller dem Wollergemerkel zum Opfer gefallen ist. Dieser als barmh. bezeichnet, fiel er am 1. November 1918 noch als Opfer dieses bedauerlichen Bürgerkrieges. Gleich zu Beginn des Krieges als einfacher Soldat eingezogen, hat er verschiedene Schlachten mit- gekämpft und ist zuletzt zum Offizier-Stellen befördert worden. Mit Liebe und innerster Überzeugung arbeitete er stets für die Partei. Die Mitgliedschaft D. O. S. wird seiner in Ehren gedenken.

## Aus der Stadt.

\* Karlsruhe, 14. Mai.

### Der Aufmarsch der Parteien

Für die am nächsten Sonntag stattfindenden Stadtverordneten-, Bezirksrats- und Kreisabgeordnetenwahlen ist vollendet. Im Anzeigenteil werden in einer Bekanntmachung des Stadtrates die Vorschlagslisten für die Wahl der Stadtverordne- ten bekanntgegeben. Liste 1 ist diejenige der sozialdemo- kratischen Partei mit 50 Namen, beginnend Bruhl Hans, Ar- beitersekretär. Dem folgen die Vorschlagslisten der Deutsch- demokratischen Partei, der Zentrumspartei, der Deutschnatio- nalen und der Unabhängigen. Die Vorschlagslisten für die Wahl der Bezirksräte und Kreisabgeordneten wurden bereits an dem 6. Mai bekanntgegeben. Gleichzeitig wird in der Be- kanntmachung das Nähere über die Wahlhandlung selbst mit- geteilt. Gewählt wird von 9 Uhr vormittags bis 5 Uhr nach- mittags in den gleichen Wahllokalen wie bei den badiischen und deutschen Nationalwahlen. Auch die Abstimmung geht in glei- cher Weise vor sich. Das Wahlrecht wird in Person durch W-

gabe zweier Stimmzettel ausgelöst. Der eine Stimmzettel be- zieht sich auf die Stadtverordnetenwahl, der andere auf die Wahl der Bezirksräte und Kreisabgeordneten.

Es gilt also nun für jeden Parteigenossen, keinen Mann zu stellen, bei der Flugblattverteilung und den sonstigen Wahl- arbeiten. Sorge jeder dafür, daß die Bezirksversammlungen heute abend gut besucht werden. Auch die Frauen sollten sich lebhaft beteiligen. Es steht viel auf dem Spiel.

### Preisstaffelung oder Nahrungssteuer?

\* Die sehr hohen Preise für ausländische Lebens- mittel machen es einem großen Teil der Bevölkerung, namentlich minderbemittelten kinderreichen Familien unmög- lich, die so notwendigen Nahrungsmittel einzukaufen. Um diesem Uebelstande abzuhelfen, wurde der Vorschlag gemacht, daß eine Preisstaffelung je nach dem Einkommen ein- treten sollte, um einerseits den ärmeren Schichten den Einkauf zu ermöglichen und daß andererseits die Kommunen keinen Ver- lust tragen müssen.

Nun wird aber noch ein anderer Vorschlag der Beachtung wert sein, nämlich dahingehend, daß anstelle vorerwähnter Preisstaffelung ein Einheitspreis festgesetzt würde und das entfallende Defizit zwischen Ein- und Verkaufspreis durch eine besondere Nahrungssteuer der Bessersituierten und Besitzenden gedeckt werden soll. Dieser Vorschlag hätte nämlich den Vorteil, daß auch diejenigen besteuern müssen, die wäh- rend des Krieges durch den elendesten und gemeinsten Wucher- schandverbreiter geworden sind, nämlich so viele Selbst- verjorger, die weder Mehl noch Speck von den Auslands- mengen zu kaufen brauchen.

**Öffentliche Kriegsteilnehmer-Versammlung.** Die sozial- demokratische Partei lädt auf morgen, Donnerstag abend 1/8 Uhr die Kriegsteilnehmer, Kriegsbeschädigten und die wahlberechtigten Hinterbliebenen zu einer öffentlichen Ver- sammlung in den Saal des Restaurants „Grünwald“, Ecke Kriegs- und Ruppertstraße, ein. Es werden Gen. Stadtv. Abele und Gen. Ing. Kiefer über die Bedeutung der Gemeindevorwahlen sprechen. Wenn auch die Angelegenheiten besonders der Kriegsbeschädigten mehr solche des Reichs sind, so gibt es dennoch auch sehr viele Fragen, die die Gemeinde- verwaltung zu lösen hat. Wie diese Fragen erledigt werden, das hängt von der Zusammenfassung der Gemeindeverwal- tung ab. Kein Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigter wie auch keines der Hinterbliebenen sollte daher versäumen, in die Versammlung zu kommen, um zu hören, wie sich die So- zialdemokratie die künftige Entwicklung und den künftigen Aufbau der Gemeinde denkt. Es findet freie Aussprache statt.

**Sozialdemokratische Wählerauskunftstraktion.** Freitag, 16. Mai, nachmittags 4 Uhr, Fraktionsitzung im H. R. S.

**Ruppurt.** Morgen Donnerstag abend 8 Uhr spricht in einer Gemeindevorwahlenversammlung Genosse Prull aus Karlsruhe über „Die kommenden Gemeindevorwahlen“. Die Versammlung findet im „Wahnhof- hotel“ statt. Unsere Genossinnen und Genossen werden er- lucht, für guten Besuch zu sorgen.

**Kirchheim.** In einer öffentlichen Wählerinnen- und Wäh- lervorversammlung am kommenden Samstag abend spricht der Genosse Stadtrat Dr. Diez über das Thema: „Die Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Gemeinde.“ Genossen, sorgte für zahlreiches Besuch!

**Darlganden.** Morgen, Donnerstag, abends 1/8 Uhr, findet im „Karlsruher Hof“ Parteiverammlung statt. Diejenigen Genossen, die sich an der Darlgander teilnehmen können, werden gebeten, zu erscheinen.

**Die Kartoffelnot.** Da die Kartoffelvorräte der Stadt vollstän- dig erschöpft und größere Lieferungen nicht mehr zu erwarten sind, hat sich die Stadt genötigt, im Ausland Kartoffelimporte zu voll- ziehen. Der Verkaufspreis dieser Auslandskartoffeln ist derzeit hoch, daß der Kleinverkaufspreis auf 30 s für ein Pfund fest- gesetzt werden mußte. Auch dieser hohe Preis deckt aber bei weitem noch nicht die Anlaufkosten der Stadt. Im Interesse der notleidenden Bevölkerung will man aber von einer weiteren Er- höhung Abstand nehmen und den Unterchied auf die Stadt über- nehmen. Die Feinde werden durch die bekannten Kartoffel- verkaufsstellen an die Bezugsberechtigten in gewohnter Weise gegen Kartoffelmarken veräußert (Wochenlohnmenge 3 Pfund). Den Käufern ist Gelegenheit geboten, die ihnen für drei Wochen zulehrende Menge auf einmal zu beziehen. Das Nähere ist uns, der heutigen Anzeige des Kartoffelamts zu entnehmen.

**Milchlieferung.** Das städt. Milchamt teilt mit, daß es infolge Rückgangs der Milchlieferungen aus den Liefergemeinden gezwun- gen ist, ab und zu Mäzungen der Vollmilchlieferungen vorzu- nehmen. Voraussichtlich wird diese Mäzung wöchentlich ein- mal, nötigenfalls auch zweimal stattfinden müssen. Die Milchverkäufer haben an diesen Tagen den Bezugsberechtigten eine Weisung mit- zugeben, aus welcher hervorgeht, daß sie berechtigt sind, zu kürzen und in welchem Prozentsatz. Kann ein Verkäufer keine Weisung vorlegen, so darf er nicht kürzen.

**Protestkundgebung der Volkswehr.** Wie uns mitgeteilt wird, hat die Volkswehr dem badiischen Staatsministerium ihre tiefste Entrüstung über die von den verbündeten Feinden dem Deutschen Volke aufzuzwingenden Friedensbedingungen zum Ausdruck ge- bracht. Sie hat den aufrichtigen Wunsch, daß es gelingen möge, die Feinde zur Vernunft, Menschlichkeit und Milderung der un- erfüllbaren Bedingungen zu bewegen. In Treue und Aufrichtigkeit wird die Volkswehr sich stets ihrer Pflicht bewußt sein.

**Was hält den Speck verteuern?** Man schreibt uns aus Mei- ßerfeld: „Laut „Volkswacht“ darf der Kleinhandelszuschlag für den Speck zum Verkauf gelandenden ausländischen Speck pro Kilo nicht über 60 Pf. betragen. Dieser scheinbar belanglose Summe verteuert den Speck auf der einen Seite doch um ein beträchtliches, während er auf der anderen Seite den Metzgermeistern einen großen Gewinn abwirft. Davon ein Beispiel: Ein Geschäft verkauft 15 Zentner Speck. Pro Pfund erhält es 30 Pf. Vergütung für den Verkauf. Das betreffende Geschäft hat also am Verkauf dieser 15 Zentner nicht weniger als 450 Mark verdient! Aber damit ist die Gewinnquelle noch nicht erschöpft. Rechnet man 3-5 Prozent Gutgewicht fürs Einwiegen und vergleicht aber das knappe Ge-

wicht, das dem Käufer zuteil wird, so springen auch hier noch bei dem am hiesigen Platz geltenden Verkaufspreis pro Zentner 18,00 bis 21 Mk heraus, also bei 15 Zentnern zu obigen 450 Mk. min- destens nochmal 360 Mk. Während also Tausende von Volksgeno- ssen kaum in der Lage sind, den Speck kaufen zu können, verschafft das hiesige Fleischamt den Herren Metzgermeistern einen solch hohen Verdienst. Bei einem derartigen Geschäftsgebahren ist es auch zu verstehen, daß der Verkaufspreis des Speckes hier höher ist als z. B. in Mannheim, wo er 5,80 Mk. pro Pfund beträgt oder in Pforzheim mit 5,85 Mk. pro Pfund. Das beste wäre, wenn der Verkauf der Auslandsware durch die städtischen Ver- kaufsstellen vor sich ginge unter Kontrolle des Verbraucher- freies. Der Zentralverband der Fleischer wäre z. B. in der Lage, Sachmänner als Kontrolleure zu stellen.

Seit die Zuckerrüben. Wir sind natürlich nicht in der Lage, vorstehende Rechnung nachzuprüfen, dies wird Sache der zustän- digen Stellen sein. Uns geht aber eine andere Beschwerde zu und zwar dahingehend, daß in Metzgereien dem Speck Knochen beigegeben werden, die aus einem rezerbierten Korb entnommen sind. Das wäre selbstverständlich unzulässig, denn Speck ist Speck und keine Knochen. Gegen diese Sorte von Metz- gern müßte ganz energisch eingeschritten werden.

**Ruppurt, 8. Mai.** Seit 2. Mai sind die Verkehrsverhältnisse auf der Albtalbahn noch schlimmer wie vorher. Durch Kohlen- mangel gezwungen, mußte der elektrische Betrieb eingestellt und durch Dampftrieb der Verkehre aufrecht erhalten werden. Natür- lich hat die Direktion keine Schuld, wenn sie keine Kohlen hat, da sind die bekannten Streiks mitverantwortlich, was einen gewissen Teil der auch auf der Albtalbahn fahrenden Arbeitern gelagert werden muß. Aber davon können wir uns nicht überzeugen, daß der Betrieb ein so miserabler sein muß, wie es zurzeit der Fall ist. Die Verpätungen der Arbeiterzüge morgens ließen sich gewiß ein- sparen, sodas sie nicht zu Regel werden. Ebenfalls ist uns nicht einleuchtend, daß gerade der Zug, der in Karlsruhe 12 Uhr an- kommt, also während der Hauptverkehrszeit, Güter mitfah- ren muß und deshalb durch die Mangelzustände noch weitere Ver- spätung erhält. Dadurch werden viele Arbeiter und Beamte von Ettlingen und Ruppurt gezwungen, entweder überhaupt nicht heim- zugefahren, oder wenn sie trotzdem nach Hause fahren, sich der Ge- fahr auszusetzen, zu spät ins Geschäft zu kommen und in der teuren Zeit finanziellen Schaden zu erleiden haben. Ein weiterer Miß- stand ist der, daß durch die Verkehreinstellung die nach fahrenden Züge überfüllt sind und man deshalb durch die erst erfolgte Erhöhung der Fahrpreise, also nicht nur teurer, sondern auch schlechter fahren muß. Als eine Rücksichtslosigkeit aber muß es bezeichnet werden, wenn Züge oft recht lang Verpätung haben und die maßgebenden Persönlichkeiten am Albtalbahnhof in Karlsruhe es nicht einmal für notwendig erachten, den Fahrgästen dies mit- zuteilen. Wir sind der Ansicht, daß man nicht fortwährend die Fahrpreise erhöhen kann, ohne aber dem Publikum auch nur einigermaßen entgegenzukommen. Man hat oft das Empfinden, daß nicht immer das schlechte Material und der Kohlenmangel die Schuld an den Verpätungen tragen, sondern daß auch der gute Wille, den Verkehre pünktlich zu gestalten, fehlt, und zwar nicht nur „unten“, sondern auch „oben“. Wir können der Albtalbahn- gesellschaft nur raten, den Bogen nicht zu straff zu spannen, denn alles hat seine Grenzen!

**Paul Reichens Vortrag über „Wirkungswerte und Mißbrauch des Sinnesorgans“** war am Montag derart überfüllt, daß viele Besucher umkehren mußten. Herr Reichens wird den Vortrag des- halb im Laufe der nächsten Woche wiederholen. Es werden diesmal alle verfügbaren Sitzplätze nummeriert und in der Postkassen- handlung Nr. Müller zum Preise von 60 s abgegeben. Der Vor- trag wird durch Anschlag bekannt gemacht. Es empfiehlt sich, die Karten rechtzeitig zu lösen.

**Tierchutzverein.** Der Tierchutzverein hält am Mittwoch, den 14. Mai d. J., abends 8 Uhr, im Saal der „Vier Jahreszeiten“ seine erste öffentliche Versammlung ab. Herr Julius Cam- buß wird einen interessanten Vortragsvortrag „Ein Trauerspiel in der Tierwelt“ halten. Der Vortrag dürfte für Freunde und Förderer der Tierwelt von ganz besonderem Werte sein.

**Kolloquium.** Das von früheren Gesellschaftern her bekannte „Frankfurter Intime Theater Trocadero“ unter Leitung des Direktors Josef Juhász wird am Freitag, den 16. Mai, hier wieder ein Gastspiel eröffnen. Wie alljährlich, wird auch diesmal die Direktion mit erklaffigen Kräften nach Karlsru- he kommen und ein höchst reichhaltiges Programm zur Darstel- lung bringen. Alles Nähere siehe Inserate. Der Vorverkauf im Büro des Kolloquiums ist eröffnet.

**Aus dem Fenster gestürzt.** Vorgefien vormittag stürzte in einem Hause der Mollstraße ein 23 Jahre alter Mädchen infolge eines Schwindelanfalls aus dem Fenster der im 2. Stockwerk ge- legenen oberen Wohnung auf den gepflasterten Hof, erlitt schwere Verletzungen und fand Aufnahme im städt. Kranenhaus.

**Schleifhandel.** Die Geschäftsführerin eines hiesigen Kolonial- warengeschäftes hatte eine größere Menge feinstes Seife und Kerzen im Wege des Schleifhandels erworben und veräußerte diese Waren unter Nichtbeachtung der noch bestehenden Vorschriften und Höchstpreise zu übermäßig hohen Preisen abzugeben. Die Seife und die Kerzen wurden beschlagnahmt.

**Wegen Schleifhandels mit Seife** wurde ein Eisenhändler aus Altrip festgenommen. Außerdem gelangte ein hiesiger Laden- mißhaber zur Anzeige, weil er Seife und Schokolade im Wege des Schleifhandels erworben und zu übermäßig hohen Preisen abzu- setzen versucht hatte.

## Die Karlsruher Bürgererschaft gegen den Gewaltfrieden.

Zu einer imposanten Kundgebung gestaltete sich die gestern abend von den städt. Kollegien und den verschiedenen Parteien ein- berufene Protestversammlung gegen den Gewaltfrieden. Der Festhallsaal war dichtgefüllt.

Überbürgermeister Siegrist eröffnete die Versammlung und gab seiner Freude Ausdruck, daß die Karlsruher Bürgererschaft in so großer Zahl ihren Willen gegen den geplanten Gewaltfrieden ausspreche. Der Friedensvertrag bringt berechtigten Schmerz, höchste Entrüstung hervor und das vorgelegte Bündel Papier ist kein Friedensvertrag, sondern bringt Armut, Elend, das Todesurteil für Deutschland. Der einseitige Ruf des ganzen deutschen Volkes muß sein: Nein, dreimal Nein, lieber Tod als Knechtschaft. Jetzt heißt es geschlossen hinter der Regierung stehen, die schon das Richtige finden wird. (Brausender Beifall.) Der Redner des Abends, Herr Stadtpfarrer D. Hesselbacher, führte hierauf etwa folgendes aus: Die Seele der ganzen Welt seufzt nach dem Frieden. Erst nach und nach hat man uns das Furch- bare des vorgelegten Friedensvertrages enthüllt, der nicht Freude bereitet, sondern ein Kolbenstoß in das Gesicht eines ritterlichen Wegners darstellt. Wir versprachen uns auf die 14 Punkte Wil- sons, was unsere Gegner ebenfalls versprochen und wir vertrauten

Kauf das gegebene Wort. Niemand ist aber das deutsche Volk so schändlich betrogen worden.

Nicht bloß soll uns im Westen das Elßässer Land genommen werden, sondern auch das Saarbecken soll für die zerstörten Kohlenbergwerke in Nordfrankreich als Ersatz gelten.

Über was nun? Tiefe Trauer ist vor allem notwendig, wo doch das Schicksal jedes Einzelnen auf dem Spiele steht.

Die in der Stadt festliche verarmte Bürgerschaft Karlsruhes erhebt leidenschaftlichen Widerstand gegen die von unseren Feinden unserem Volk auferlegten Friedensbedingungen.

nimmermüde pflichttreuer Arbeit an dem Aufbau eines neuen Deutschlands mitzuschaffen, das unseren Nachkommen nach all den langen Jahren tiefer Schmach und Erniedrigung den Morgen der Freiheit bringen wird.

Mit den Worten des Dankes schloß Herr Oberbürgermeister Siegrist die eindrucksvolle Kundgebung.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Ausstellung des Vereins für Originalradierung. In den Räumen des Kunstvereins Karlsruhe veranstaltet der Verein für Originalradierung eine Ausstellung.

Auf einer andern Grundlage würde man kaum einen Weg finden von den mannigfachen Experimenten und mehr oder minder starken Eingeleistungen der Ausstellung zu der Welt Hans Thomass.

Mit bemerkenswerten Radierungen und Graphiten ist B. Gatz betreten. Die interessante Arbeit ist wohl kein Selbstbildnis, das einen nervösen, feinfühligsten Menschen zeigt.

Schwer verständlich ist es, warum Müller-Dachau Arbeiten ausstellt, die kaum einen Begriff von dem Können geben, aber das er als Akademiestudent immerhin verfügen muß.

Stoff durchdringt. In einigen seiner Blätter, namentlich in denen aus dem Felde versucht er über den Impressionismus hinaus zu kommen.

Zu den Expressionisten Gustav Wolf zu rechnen, wäre verfehlt. Bei ihm ist jede Linie nicht Ausdruck eines Willens, sondern sie wird zum sehr hochwertigen Ornament, zum Selbstzweck.

Unter den Jüngsten ist an erster Stelle Rudolf Schlichter zu nennen. Hier spricht die reine Form als solche aus seinen vorzüglichen Zeichnungen.

Phillip Wolfram. Generalsekretär Professor Phillip Wolfram, der Dirigent des Heidelberger Bachvereins und Freund Regers, ist, wie jetzt erst bekannt wird, am 8. Mai in Samaden in der Schweiz im Alter von 64 Jahren gestorben.

Briefkasten der Redaktion.

E. W. Rein, die Häuser bleiben im Eigentum der Genossenschaft. Adresse: Geschäftsstelle Gartenstadt Grünwinkel, Rheinstraße 50, hier.

R. S. Es gibt eine ganze Anzahl Briefmarkenzeitungen. Wir nennen Ihnen: „Der Briefmarkensammler“ in Bremen, „Deutsche Briefmarken-Zeitung“ in Leipzig, „Allgemeiner Anzeiger für Philatelen“ in München.

M. A. hier. Die Wörter bedeuten so viel wie: Zurückweisung in die Heimat.

Verantwortlich: Für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Letzte Nachrichten Hermann Kadel; für Badische Politik, Aus der Partei, Kommunales, Soziales und Feuilleton Hermann Winter; für den Anzeigenteil Gustav Krüger, sämtlich in Karlsruhe, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Aue bei Durlach. (Sozialdemokratischer Verein.) Am Mittwoch, den 14. Mai, abends 8 Uhr, in der „Blume“ Mitgliederversammlung. Die Tagesordnung ist eine sehr wichtige und reichhaltige, deshalb ist das Erscheinen aller Parteigenossen dringende Pflicht.

Stärke Wäsche. wird wieder in normaler Lieferfrist besorgt. Dampf-Waschanstalt Schorpp.

Annahme-Stellen in Karlsruhe: 2908 Kaiserallee 37, Schillerstrasse 19, Gabelsbergerstrasse 1, Amalienstrasse 15, Rheinstrasse 18, Ecke Kurven- und Augustastrasse, Kaiserstrasse 34, Kaiserstrasse 243, Wilhelmstrasse 32, Bernhardstrasse 8, Ecke Ludwig-Wilhelmstrasse, Werderstrasse 82.

Zahn-Praxis Rudolph Holl Dentist. Spezialist für Kronen- und Brückenarbeiten. Zahnersatz und Plomben in künstlerischer Ausführung.

Welt-Kino. Kaiserstraße 133. Mittwoch, den 14. bis einschl. Freitag, den 16. Mai 1919. Mogens Enger in Der eiserne Käfig. Spannender Detektivschlager in 4 Akten.

Schlafzimmer Wohnzimmer Küche. in grosser Auswahl und zu billigsten Preisen bei freier Lieferung auch nach auswärts. Möbelhaus Gebr. Bär.

Bettmässen. Abhilfe sofort. Patentamt. Größe 41-44 sowie Kinderstiefel für Knaben und Mädchen, Größe 32-38 zu verkaufen.

Arbeiterstiefel. Eine gut erhaltene Werkstatt mit Holz zu verkaufen. In erfragen Rühlheim, Hauptstr. 67.

Vortrag P. Egidius Brettle. ist soeben erschienen unter dem Titel: Der Katholizismus und die neue Zeit. Mit farbiger Dudenlaubnis.

Der Schwarzwaldführer mit 9 Karten. 3 Mark, Porto 20 Pf. Volksbuchhandlung der Sozialdemokratischen Partei Karlsruhe, Wlberstraße 16.

Blinden-Arbeit. Sanftmütige - Wärschen und Wärschen - Wärschen empfiehlt W. H. Voos, Wlberstr. 6.

Sozialdemokratie und Religion. Vereidigung und Widerlage: von Dr. J. Schöper. Preis mit Feuerungszuschlag M. 1.10.

Chaifelongne. neue, zu verkaufen. 8398. Polsterer Köhler, Schillerstr. 25.





